

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, 100, Tannenstr. 55. Fernruf 4493, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Heinrich Jahrenbrach, Düsseldorf, 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand: Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4592.

## Deutsche Klage.

Singt nimmer der Ahnen Trauer und Weh,  
Die Not versunkener Zeiten.

Es rauscht ein lebendiger Tränensee  
Gewaltig in unsere Saiten.

Und fällt euch Prophezeien und Bardensang ein,  
Da eigene Lieder ermatten,  
Stieft heutiges Leben und Leiden hinein,  
Mit Herzblut tränket die Saiten.

Wohl scheint es euch oft wie schwerer Traum  
Von wimmelnden Tausend und Drachen —  
Es ist kein Nachbild von Schemen und Schaum,  
Aus dem wir am Morgen erwachen.

Und bräue hervor die deutsche Not  
Und was auf verschlossenem Herde  
Am zuckende Herzen leckt und loht,  
Zu flammen würde die Erde.

Die Wollen müßten, die Säume verdorrt  
Zum brennenden Himmel ragen  
Und bis an die Sterne die Klage vom Nord  
Im neuen Befehle tragen.

Peter Dörfler.

## Dem Abgrunde zu.

Das Schanddiktat von Versailles drückt unaufhaltsam  
das deutsche Volk immer tiefer in Not, Elend und Verzweiflung  
trotz härtester Fronarbeit. Dieser sogenannte Friedensvertrag  
ist die Fortsetzung des Vernichtungskampfes gegen das  
deutsche Volk mit anderen Mitteln, als den blutigen Waffen  
und der Hungerblockade. Vampirgleich wird der deutschen  
Wirtschaft das Blut und damit dem deutschen Arbeitsvolke  
die Lebensmöglichkeit entzogen. Das drohende wirtschaftliche  
Chaos überliefert ein arbeitshames Sechzigmillionenvolk  
dem Hungertode. Welch' furchtbare Tragik! Wer wird das  
Unheil bannen?

Der vierjährige Krieg ließ Deutschland verarmen.  
Dem durch die Blockade ausgehungerten Volke raubte  
man große landwirtschaftliche Nutzflächen im Osten,  
die vordem einen Ueberfluß an Nahrungsmitteln ergaben.  
Man nahm Deutschland drei Viertel seiner Eisenerze,  
die zur Erhaltung seiner Industrie notwendig sind. Die  
Kolonen, die ausichtsreichen Rohstoffgebiete, wurden uns  
genommen. Aller Niederlassungen und Nutzungsrechte  
im feindlichen Auslande und in Uebersee wurden wir  
beraubt. Alle großen überseeischen Handelswege mußten  
wir abgeben. Alle Handelsunternehmungen Deutschlands  
in den Feindhandländern und den deutschen Kolonien  
wurden liquidiert. Die großen deutschen Wasserstraßen  
und ihr Verkehr untersteht der Kontrolle der Alliierten.  
Große Mengen des rollenden Eisenbahnmateriale mußten  
ausgeliefert werden. Der direkte Verkehr zwischen  
Deutschland und Rußland ist durch Fortnahme des  
Memelgebietes unterbunden. An der Saar und in  
Schlesien hat man uns die Kohlenfelder, im Elsaß die  
Kainpflanzstätten genommen. Doch nicht genug. Die so  
höher wichtigsten Lebensmöglichkeiten beraubte deutsche  
Wirtschaft wird gezwungen, tagtäglich große Kohlenmengen,  
Holzbestände, Maschinen, Geräte, Möbel u. a. m. als  
Reparationen zu liefern. Außerdem sollen wir viele  
Milliarden an Geld abführen. Wir müssen die gewaltige  
Belagerungsarmee am Rhein und Hunderte von Kommissarien  
der Entente in Deutschland unterhalten, für die größere  
Anwendungen zu machen sind als in der Vorkriegszeit.  
Für die ganze deutsche Armee und Marine.

Mehrere Millionen deutscher Arbeiter schuften Tag  
um Tag zur Aufbringung der Mittel für die Reparationen  
und sonstigen Zahlungen und Leistungen an das Ausland.  
Allein 150000 Bergarbeiter sind notwendig, um die  
Reparationskohle zu fördern, denn alle Stunden rollen  
hohen Güte mit Reparationskohle über die französische  
Grenze. Dabei zwingt der Kohlenmangel in Deutschland  
zur Stilllegung zahlreicher Kohlenruben, wodurch unserer  
Landwirtschaft die notwendigen Düngemittel fehlen. Es  
herrscht großer Mangel an Baustoffen, weil die meisten  
Zementwerke und viele Ziegeleien keine Betriebskosten  
erhalten. Die Industrie ist in steigendem Maße genötigt,

viele Milliarden auszugeben für den Bezug von Kohlen  
aus den hochvalutarischen Ländern England und Amerika,  
während unsere deutsche Steinkohle und Koks in riesen-  
mengen nach Frankreich rollen.

Ist es nicht ganz natürlich, wenn bei dieser unerträg-  
lichen Belastung der deutschen Wirtschaft und des deutschen  
Volkes der Wert unserer Mark immer tiefer sinkt! Wenn  
wir in steigendem Maße Lebensmittel und industrielle  
Rohstoffe aus dem Auslande einführen müssen, während  
einige Millionen Arbeiter durch die Fronarbeit für  
die Reparationsleistungen gar nichts beitragen zum  
Unterhalt der deutschen Wirtschaft und des deutschen  
Volkes, so muß unsere Handels- und Zahlungsbilanz  
passiv bleiben, muß unsere Wirtschaft fortwährend ver-  
armen, muß unser Kredit im Auslande immer tiefer  
sinken!

Bisher war die Folge eine fortgesetzte Steigerung  
der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Die  
Lohnerhöhungen konnten damit nicht Schritt halten. Die  
breiten Schichten der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger  
verarmen immer mehr. In vielen Proletarierfamilien  
wurden die Entbehrungen stets größer. Die letzten un-  
sinnigen Forderungen der französischen Machthaber und  
ihre Drohungen mit weiteren und schärferen Zwangs-  
maßnahmen gegen das deutsche Volk hat zu einer  
katastrophalen Marktentwertung geführt, deren verhäng-  
nisvolle Folgen sich erst zu zeigen begonnen haben, deren  
furchtbare Auswirkungen jedoch erst in nächster Zeit voll  
wirksam werden. Es fehlen die notwendigen Geldmittel  
zum Einkauf der ausländischen Lebensmittel und in-  
dustriellen Rohstoffe. Arbeitsbeschränkungen und Be-  
triebsstilllegungen werden notwendig. Das Wesenst der  
Arbeitslosigkeit mit Verdienstaussfall, vollständige Ver-  
armung und Verelendung, Hunger und Verzweiflung  
pocht an die Türen des arbeitenden Volkes. Unruhen  
und Verzweiflungstaten werden nicht zu verhüten sein.

Kann es gelingen, dieses Unheil von unserem Volke  
abzuwenden? Ja, es kann und muß gelingen, wenn das  
deutsche Volk in geschlossener Einmütigkeit zusammensteht  
und alle Mittel angewendet werden, um erstens im  
deutschen Lande selbst eine bessere Wirtschaftsordnung  
zu schaffen und zweitens der Welt zu zeigen, daß 60  
Millionen Menschen nicht ohne schreckliche Folgen für  
die ganze zivilisierte Welt ihrer Arbeits- und Existenz-  
möglichkeiten beraubt werden können. Näheres darüber  
in nächster Nummer.

## Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Angeichts des katastrophalen Zusammenbruchs der Mark  
haben Verhandlungen zwischen dem Reichsminister und den  
Vertretern der Gewerkschaften stattgefunden. Die Wünsche  
und Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind in  
einer Reihe von Forderungen zusammengefaßt worden in denen  
es heißt:

Die Haltung der Regierung gegenüber der Entente muß  
fest sein. Zuerst Brot, dann Kontributionen. Was wir können  
wollen wir zahlen. Unsere Worte und unsere Taten müssen  
so miteinander übereinstimmen, damit das Ausland einseht,  
daß Verträge, uns durch politischen Druck würde zu machen,  
zwecklos sind. Zur Eringung der deutschen Währung muß eine  
Auslandsanleihe zu beschaffen versucht werden, deren Ver-  
zinsung und Amortisation zu garantieren wäre entweder durch  
Schaffung einer neuen Einmahmequelle des Reiches oder durch  
die Solidarität der deutschen Erwerbstätigen. Ein weiteres  
Mittel wäre die schnelle Anpassung des Einfuhrzollens an die  
Devisenlage; auch die Ausfuhrabgabe ist der Kaluta anzupassen.  
Die Börsen- und Spekulationsgewinne sind gründlich zu er-  
lassen. Die Vermögenssteuer ist für alle Luxus- und nicht lebens-  
notwendigen Artikel nach oben zu setzen, dagegen sind lebens-  
notwendige Waren im Steuerfuge herabzusetzen. Im übrigen  
müssen Verbote oder strenge Beschränkungen durchgeführt werden  
für Süßfrüchte, Gemüse, Frühkartoffeln, Spirit, Liqueur, Wein,  
Tabak, Parfümerien, Teppiche, Pelze und andere Luxusartikel.  
Der Bedarf an Brot und Kartoffeln für weite Teile Volks-  
kreise ist zu sichern und der direkte Verkehr zwischen Erzeugern  
und Verbrauchern zu fördern. Den Gemeinden ist infolge der  
fortwährenden Ernährungsnotwendigkeiten die Wiederein-  
führung von Volkstischen nahezu legen. Notwendig ist eine  
höhere Ausmahlung des Getreides zur Streckung der Vorräte.  
Die Verbrennung von Kartoffeln, Getreide und Mais ist auf  
das Äußerste einzuschränken. Die Vergabe von Inlandszucker  
für Liköre, Konjaken und Schokolade hat ganz zu unter-  
bleiben. Die zuständigen Behörden sollen Konzeptionen für  
Vitor- und Schlemmerlokale nicht mehr erteilen. Das Reichs-  
verkehrsministerium muß schleunigst ein Transportprogramm  
herausgeben und für die Zeit der Herbsttransporte (Kartoffeln  
und Kohlen) weniger wichtige Güter zurückstellen.

Die Arbeiterchaft muß sich dazu aufrufen dort, wo es  
notwendig ist, namentlich in den Schlüsselindustrien, freiwillig  
Ueberarbeit zu leisten, damit die Arbeiter anderer Industrien  
voll beschäftigt werden können. Die Ueberarbeit ist entsprechend  
zu bezahlen und mit den Organisationen zu vereinbaren. Das  
deutsche Volk muß sich über alle Stämme, Stände und Klassen  
zu einer Schicksals- und Volksgemeinschaft zusammenschließen.  
Mit der Reichsbank ist in Verhandlungen einzutreten, damit  
sie ihre Kredite zu einer Auslandsanleihe verwendet.

## Deutsche Leistungen und Not aus dem „Friedensvertrag“.

Das deutsche Volk ist von fremden Staatsmännern um  
den ehrlich erstrebten allgemeinen Frieden betrogen worden.  
Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Wil-  
son, hat während des Krieges mit Zustimmung der Alliierten,  
Grundzüge aufgestellt und bekanntgegeben, wonach allen  
Völkern Wirtschafts- und Handelsfreiheit, das Selbst-  
stimmungsrecht und die volle Souveränität verheißen, dem  
deutschen Volke aber ein guter Frieden versprochen wurde,  
wenn es nur dem willkürlichen Imperialismus und dem  
Militarismus abgibt, die Demokratie einführt, gewisse  
Waffen- und Kampfmethoden nicht mehr anwen-  
det und die besetzten Gebiete freigibt. Nachdem Deutsch-  
land darauf eingegangen und die schon vorhandene Ueber-  
macht der Entente am Kriegsende noch erhöht und gesichert  
war, ließen die in Frage kommenden Staatsmänner ihre  
Versprechungen treulos fallen. Präsident Wilson war der  
erste, der unter den Deduktionen des französischen Diktators  
Clemenceau sein Programm fallen ließ, das er, wie der  
italienische Ministerpräsident Nitti sagte, in seiner gelehrten  
Einfältigkeit durchführen zu wollen sich anmutete, ohne  
genügende Vorbereitung und ohne Verständnis für euro-  
päische Angelegenheiten. Der Staatsmann Nitti, der zur  
Zeit des Friedensschlusses die Geschäfte Italiens führte,  
hat in seinem Buche „Das friedlose Europa“ auch darauf  
hingewiesen, daß die von Wilson aufgestellten Grundzüge  
und die Folgen Erklärungen der Entente, für das Recht,  
für die Demokratie, für den Frieden zu streiten, enthielten  
nicht etwa nur ein Zugeständnis, sondern feste Verpflich-  
tungen gegenüber den Deutschen und Oesterreichern. Über  
schon die Waffenstillstandsbedingungen, mehr noch der Ver-  
trag von Versailles sei eine glatte Verleugnung alles dessen  
was Deutschland gegenüber versprochen worden war. Einen  
gröberen Vertrauensbruch hat die Geschichte kaum  
aufzuweisen, wie ihn hier die Entente den Besiegten gegen-  
über geübt hat.

Mit den unwahren Versprechungen ist das deutsche Volk  
lediglich in Verwirrung gebracht, seine Einheit zugunsten  
der Entente beschränkt, seine Kraft zersplittert worden.  
Es handelt sich um eine unehrliche Kriegslist, um eine be-  
wusste Irreführung, die bei Leuten vom Schlage des bayeri-  
schen Revolutionsregenten, Kurt Eisner, so voll-  
kommen gelang, daß er in seiner Einfalt die Ueberzeugung  
aussprach: Mein Freund Clemenceau wird für einen guten  
Frieden sorgen. Dieser französische Radepolitiker hat das  
Gegenteil durchgeführt: Die Entente hat nicht nur die Deutsch-  
land gegebenen Versprechungen nicht gehalten, sondern um  
die Besiegten weiter zu belasten ihnen auch noch die Schuld  
am Kriege zugeschoben. Die Kriegsschuldfrage, die  
zunächst auf die gefällige Wiedergabe von amtlichen Akten-  
stücken gestützt werden konnte, ist längst als unwahr auf-  
gedeckt. Ehrlich gesinnte englische und italienische Poli-  
tiker haben den damit geübten Schwindel zugegeben. Auf  
Seite 87 seines Buches sagt Nitti, daß die Behauptung der  
Entente-Propaganda, Deutschland sei allein verantwortlich  
für den Krieg, lediglich eine Kriegswaffe war, wie andere  
falsche von der Entente während des Krieges aufgestellte  
Behauptungen, aber kein Mensch könne sie nach dem Kriege  
als ernsthafte Argumente anführen. Dennoch halten Frankreichs  
führende Politiker an der Schuldfrage fest, um materieller und  
politischer Interessen willen, weil sie Deutschland finanziell  
auspressen und politisch vernichten wollen. Nach den An-  
gaben Clemenceaus benutzen die französischen Machthaber  
den „Friedensvertrag“ von Versailles zur  
Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Unter  
dem weiteren Vorwand, Deutschland könne mehr leisten  
und den Friedensvertrag voll durchführen, wenn es nur  
wolle, werden immer wieder neue Forderungen von Frank-  
reich erhoben und neue Erpressungen versucht. Während  
man in England, in Italien und in neutralen Ländern zugibt,  
daß Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit ungeheure  
Leistungen vollbracht und kaum mehr leisten könne, leugnet  
das die französische Politik. Dieser und der ganzen Welt  
muß immer wieder vor Augen geführt werden, was den  
Deutschen durch den Versailler Vertrag auferlegt, ihnen  
abgenommen und welche schwere Lasten sie weiter noch zu  
tragen haben. Durch den Versailler Vertrag wurden Deutsch-  
land 90000 Quadratkilometer Land abgenommen  
nebst wertvollen Rohstoffgrundlagen, Kohlen, Eisenerze,  
Kali, Düngemittel usw. Wertvolle Transportmittel, Schiffe  
und Eisenbahnmateriale mußte es abgeben, auf Auslands-  
guthaben, Vermögenswerte und Zinsen verzichten. Zum  
Ausgleich der hier kurz verzeichneten Verluste müssen drei  
Millionen Deutsche Jahr für Jahr arbeiten,  
ohne dafür vom Auslande eine Gegenleistung zu erhalten.

Nach den Feststellungen des erkrankten Außenministers  
Kathenau, Ende März 1922, hat das deutsche liquidierte  
Eigentum im Auslande einen Wert von 11,7 Milliarden.

Die übergebene Flotte hat einen Wert von 5,7 Milliarden. Das Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten beläuft sich auf 5,5 Milliarden Mark, übergebenes Eisenbahn- und Verkehrsmaterial beläuft sich auf zwei Milliarden Goldmark, Rückstände nicht militärischen Charakters 5,8 Milliarden Goldmark, der Verlust der deutschen Kolonien an seine Kriegesverbündeten beläuft sich auf 7 Milliarden Goldmark. Der Wert der Saargruben wird von uns auf 1,1 Milliarden Goldmark beziffert. Die Kohlenlieferungen, die wir getätigt haben, zum Weltmarktpreis gerechnet, belaufen sich auf 1,3 Milliarden Goldmark. Barzahlungen für Reparationen sind 1,3 Milliarden Mark gegeben. Gesamtsumme der deutschen Leistungen seit Kriegsende 45,6 Milliarden Goldmark. Hierbei ist der Wert der Kolonien und der reine Wirtschaftswert der abgetretenen ober-schlesischen und westpreussischen Gebiete nicht in Ansatz gebracht. Fügt man den nach mittleren Schätzungen hinzu, so erhöht sich diese Summe auf weit über 100 Milliarden Goldmark. Durch die inzwischen erfolgten weiteren Leistungen hat sich diese Summe um weitere Milliarden erhöht. Dazu kommen die Kosten der uns auf den Hals gesetzten fremden Kommissionen. Für die jungen Reparationskommissionen mußten bereits 5,56 Milliarden Goldmark ausgegeben werden. Die Besatzungsstruppen in den besetzten Gebieten kosteten bis jetzt 5,566 Millionen Goldmark und 14 Milliarden Papiermark. Die ungeheure Geldverschwendung des französischen Militarismus steht im krassen Gegensatz zur Not des deutschen Volkes, das einen vierjährigen Krieg, eine lange Hungerblockade, drei Revolutionen auszuhalten hatte und nun auch noch die schweren Lasten aus dem Friedensvertrag erfüllen soll. Weil kein Geldgeber der Welt an die Erfüllungsmöglichkeit dieses Vertrages glaubt, wird die Kreditfähigkeit Deutschlands angezweifelt und gleichzeitig sinkt der Wert des deutschen Geldes immer mehr. Sei jeder Ratenzahlung, bei jeder ultimativen Drohung Frankreichs ist der Wert der Mark gesunken, der Dollar um 160 Mark zu zahlen, im März 1922 350. Nach der geachteten Londoner Konferenz und den Drohungen des französischen Ministerpräsidenten Poincaré im August 1922 liegt der Dollar auf fast 1200 Mark. Für ein 20-Markstück in Gold muß die Reichsbank jetzt 2500 Mark zahlen. (Als der Artikel geschrieben wurde! Die Redaktion.) Der Einkauf von Rohstoffen und Lebensmitteln im Ausland wird so fast zur Unmöglichkeit. Die Preise dafür steigen ins Unermessliche und gleichzeitig die Not des Volkes. Infolge der Unmöglichkeit weiteren Rohstoffkaufes haben in den letzten Tagen verschiedene deutsche Textilfabriken Betriebseinschränkungen angekündigt.

Der Preis für Brotgetreide und Mehl ist von Ende Juni ab um fast das Dreifache gestiegen. Weizen von 850 Mark der Zentner auf 2200 M., Weizenmehl von 2000 M. auf 5600 M., Roggen von 600 M. auf 1700 M. und Roggenmehl von 1500 M. auf 4000 M. Der Preis für ein Pfund Reis ist in den letzten Tagen von 22 Mark auf 45 M. gestiegen. Für einen Zentner gewöhnliche Speisekohle zahlt man in München 150 M. Die Vieh- und Fleischpreise, die Preise der übrigen notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgüter sind der steigenden Kurve und drücken die Lebenshaltung der großen Massen des deutschen Volkes tief herab. Die Verelendung der Arbeitssinnlichen und Kleinrentner macht harter Fortschritte und auch in den Kreisen des Mittelstandes, der Beamten, Angestellten und Arbeiter macht sich die Not breit, weil das Einkommen mit der Leuerung nicht gleichen Schritt zu halten vermag. Die von gewisser Seite immer wieder aufgestellte Behauptung von zu hohen, übermäßigen Gehältern und Löhnen einzelner Kategorien ist eine Irreführung. Bei keiner einzigen Kategorie ist eine hundertfache Erhöhung der Bezüge eingetreten, sie bewegt sich nach statistischen Angaben um rund das Dreißig- bis Fünfzigfache. Vor allem ist eine Herabsetzung der qualifizierten Arbeiter und der höheren Angestellten eingetreten. Bei Hilfsarbeitern ist verhältnismäßig die Leuerung mehr ausgeglichen, erreicht aber nur 50-70 Prozent, während die Lebensmittelpreise um mehr als das Hundertfache gestiegen sind. Gegenüber den französischen Anwürfen auf die deutsche Regierung, daß sie unedelmütige hohe Gehälter und Unterhaltungen bewillige, stellt selbst die belgische Tageszeitung „Etoile Belge“ fest, daß die Mark heute weniger als den zweihundertsten Teil ihres Vorkriegswertes habe und der deutsche Beamte durchschnittlich nur das 40-fache des Vorkriegslohnes erhalte.

Diese Differenz zwischen dem Einkommen und den Ausgaben für das zum Leben Notwendige wissen heute viele Millionen von Deutschen nicht auszugleichen. Eine Konsumeinschränkung auf Kosten der Gesundheit ist die Folge. In den Städten Bayerns, Südbayern und anderen Orten ist nach statistischen Feststellungen der Konsum an Brot und Fleisch weit zurückgegangen. Nach Feststellungen in Preußen ist der Verbrauch an Brotgetreide von 250 kg 1913/14 bis 1921/22 auf 141 kg zurückgegangen; der Verbrauch an Fleisch in derselben Zeit von 45 kg auf 28 kg. Die Zahl der in den Haushaltungen verpackten Gegenstände nimmt zu. Infolge der Unterernährung weitaus die Hälfte der Bevölkerung ist verelendeter als früher. Die englische Krankheit und die Tuberkulose hat wieder eine erhebliche Verbreitung gefunden und fordert, wie der Skarlat, immer neue Opfer. Die weitere Abkehrung von Milchvieh an die Ententeländer wird, wie der Franzose Durant ansieht, weiteren 600.000 Kindern das Leben kosten. Die Selbstmorde, namentlich alleiniger und älterer Personen nehmen zu. Viele andere stehen vor einem grauenhaften Ende.

Das ist in Wahrheit die Lage in Deutschland. Sie mag aller Welt und namentlich auch dem französischen Volke gesagt werden, jedoch die jacobinische Politik der französischen Staatsmänner mag ihm zum Bewußtsein kommen und die Gefahr sich laut herauszusprechen gegen den herkömmlichen Friedensvertrag. Für uns Deutsche aber ist es eine heilige Pflicht, dem Parteihader zu begraben, den Streit über Formeln und Verfassungsfragen einzustellen und die ganze enge Kraft aufzubringen zur Losung und Befreiung der unter Volk so stark beherrschenden Fesseln des veralteten Friedensvertrages von Versailles.

## Weltanschauung und Wirtschaftsleben.

### 2. Die sozialistische Weltanschauung.

Die Sozialdemokratie läßt sich in ihren wirtschaftlichen Behauptungen ebenfalls von der atheistisch-materialistischen Welt- und Lebensanschauung leiten. Sie erkennt alle wieder-

einen unbedingten Schöpfer noch die feststehenden, unabänderlichen göttlichen Sittengesetze an. Nach ihr bestimmen die wirtschaftlichen Verhältnisse allein die sittlichen Auffassungen der Menschen; Sittlich ist, was Sitte ist. Regulator im Wirtschaftlichen ist nach ihr der Kampf ums Dasein. Der bisher Schwache, Unterdrückte ringt sich empor zur Macht, die er dann rücksichtslos seinem bisherigen Unterdrücker gegenüber zur Anwendung bringt. Darum der Klassenkampf der Sozialdemokratie, der sich die Überwindung der bestehenden Klassen, die Diktatur des Proletariats zum Ziel gesetzt hat.

Das Wirtschaftsziel der Sozialdemokratie ist das entgegengesetzte des Liberalismus. Dieser wollte unbeschränkt freies Privateigentum, die Sozialdemokratie aber die Überführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in den Besitz der Allgemeinheit. Die Gemeinshaft soll also alles besitzen; sie soll die Arbeit zuweisen, den Ertrag verteilen, also sowohl die materielle als auch die kulturelle Lebensführung des Einzelnen bestimmen. Die Sozialdemokratie erstrebt mit ihrem Wirtschaftssystem die Ausschaltung aller egoistischen Motive als Triebfeder der wirtschaftlichen Betätigung. Sie will die unbeschränkte Erwerbsmöglichkeit, das Sichbereichern auf Kosten der Allgemeinheit unmöglich machen. Es soll keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr geben. Jeder Mensch soll gleichmäßigen Anteil an den Erträgen der Produktion erhalten. So soll auch der Entfaltung der geistigen und idealen Kräfte im Menschen freie Bahn geschaffen werden. Die Sozialdemokratie erhofft von der sozialistischen Wirtschaft allseitige Harmonie und Wohlfahrt, kurz: den Himmel auf Erden.

Wie sieht es nun mit der

### Durchführbarkeit dieser Ziele?

Ist die Sozialdemokratie fähig, sie zu verwirklichen? Diese Frage muß man auf Grund der praktischen Erfahrungen verneinen. Sie behauptet zwar, die Entwicklung führe naturnotwendig zum sozialistischen Zukunftsstaat. Die Behauptung aber ist noch kein Beweis. Wie mancher Lehrsatz des Erfurter Programms ist nicht von der tatsächlichen Entwicklung hergeleitet und von der Partei mehr oder weniger preisgegeben worden. Es sei nur an die Konzentrationstheorie, die Krisen- und die Verelendungstheorie erinnert. Wer vermag angesichts dessen die unbedingte Nichtigkeit der heute noch geltenden Lehrsätze zu verbürgen?

## Um alles verloren zu haben, braucht der Deutsche von heute nur noch eines zu verlieren: den Glauben an eine deutsche Zukunft.

Das sozialdemokratische Wirtschaftsideal wird zunächst scheitern, weil es den natürlichen Antrieb der Menschen zur Kraftentfaltung, die Möglichkeit, Eigentum, Besitz zu erwerben, vollständig ausschaltet. Das Streben, etwas zu erwerben, ist allgemein vorhanden, auch im Arbeiterstand. Es liegt in der Natur des Menschen. Wer diesen an sich durchaus gesunden Naturtrieb unterdrückt, vernichtet zugleich das Interesse an der Weiterentwicklung und damit die selbst. Letzteres aber würde keinen kulturellen Fortschritt, sondern Rückschritt bedeuten. Der Einwand, daß in der sozialdemokratischen Wirtschaft die Arbeit nur Lust und Freude und der Gedanke, der Allgemeinheit zu dienen, ein genügender

### Antrieb zur Kraftentfaltung

und treuer Pflichterfüllung sei, verkennet das Wesen der Arbeit und den Menschen selbst mit seinen Schwächen. Die Verwirklichung der sozialdemokratischen Wirtschafts-idee setzt einen Idealmenschen voraus. Gerade die Sozialdemokratie ist aber am allerwenigsten geeignet, diesen Idealmenschen zu schaffen. Die materialistische Weltanschauung, der sie huldig, führt zum Egoismus. Wer im Genuß der irdischen Güter das einzige Lebensziel erblickt, wird nicht gewillt sein, der Allgemeinheit zuliebe Opfer zu bringen. Er will genießen. Das eigene Ich wird ihm Leitmotiv in seinem wirtschaftlichen Handeln sein. Aus dem Grunde würde uns die sozialistische Wirtschaft genau so in den Abgrund führen wie die liberale Wirtschaft.

Und dann: Glaubt denn wirklich noch ein Mensch im Ernst, daß die sozialdemokratischen Führer über die zur Durchföhrung ihrer Wirtschaftsidee notwendige Autorität verfügen werden? Und daß die sozialdemokratischen Massen zu jener freiwilligen Unterordnung unter die selbstgewählten Wirtschaftsführer bereit wären, ohne die ein geordnetes Wirtschaftssystem einmal denkbar ist? Wenn! Wer die göttliche Autorität leugnet, untergräbt auch die Autorität der Menschen. Die Massen, die jahrzehntelang gegen jede Autorität aufbegehrt haben, sie werden die Sozialdemokraten nicht verzeihen. Man vergegenwärtige sich doch die radikalen Elemente in den sozialistischen und kommunistischen Reihen, das Verhältnis zu ihren Führern und frage sich, ob diese Massen Träger eines solchen Wirtschaftsidesals sein können. Die Zerstückelung der sozialdemokratischen Parteien und ihre Selbstzerstückelung sprechen das Bände.

Der sozialdemokratische Zukunftsstaat wird ferner scheitern an der Arbeitsverteilung, an der

### Verteilung des Produktionsertrages

und der Kulturfragen im allgemeinen. Sowohl die Anlagen und Fähigkeiten als auch die bornierten Neigungen der Menschen sind ungleichmäßig verteilt. Eine

schematische Arbeitsverteilung von oben herunter würde also auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Da aber in der sozialdemokratischen Wirtschaft die Versorgung aller Berufe und Arbeitszweige ohne diese mehr oder weniger schematische Arbeitsverteilung kaum denkbar ist, müßte rücksichtsloser Zwang Platz greifen. Von einer allseitigen Harmonie könnte also kaum noch die Rede sein.

Gerade so verschieden wie die Anlagen und Fähigkeiten sind auch die Bedürfnisse der Menschen. Bekanntlich muß der Mensch erst noch geboren werden, der es allen recht zu machen versteht. Nun darf man nach dem bisher Gesagten berechnete Zweifel hegen, ob es der sozialdemokratischen Wirtschaft gelingen wird, den Produktions-ertrag der modernen kapitalistischen Wirtschaft auch nur beizubehalten, geschweige denn zu steigern. Demgegenüber werden die Massen von der sozialistischen Wirtschaft an Verbrauchsgütern weit mehr fordern als heute. Ob es der sozialdemokratischen Leistung da wirklich möglich sein wird, all die Bedürfnisse so zu befriedigen, daß allseitige Harmonie und Wohlstand herrschen wird? Man vergegenwärtige sich nur einmal den ganz vom Geiste der materialistischen Weltanschauung durchdrungenen sozialistischen Menschen, dem der Lebensgenuß als höchstes Ziel gilt. Der gesunde Menschenverstand wird uns die richtige Antwort geben.

Endlich fehlt eine Wirtschaftsordnung, in der allseitige Harmonie und Wohlstand herrschen soll, vollständige Gesinnungsfreiheit und

### Die Gleichwertung und Gleichbehandlung Andersgeinnter

vorans. Wenn aber nun heute schon in den Domänen der Sozialdemokratie ein Gerast unerhörter, jedem menschlichen Empfinden ins Gesicht schlagender Terror ausgeübt wird, was hätten christlich denkende Arbeiter dann erst zu erwarten, wenn die „Diktatur des Proletariats“ einmal verwirklicht und die Abhängigkeit von der sozialdemokratischen Parteikaste eine vollkommene wäre?

Nein, Sozialismus und Kommunismus sind ihrem Wesen nach unfähig, das Unheil, das der wirtschaftliche Liberalismus über uns gebracht hat, zu beseitigen. Beide Richtungen sind im tiefsten Grunde genommen vom gleichen Geiste, vom Geiste der materialistischen Weltanschauung befeelt. Nun kann man aber unmöglich den Teufel mit Besen austreiben. Der wirtschaftliche Liberalismus hat uns eine Hölle bereitet durch sein Prinzip der ziellosen wirtschaftlichen Freiheit, der Sozialismus würde uns eine ebensolche Hölle bereiten durch seinen die freie Initiative und das Selbstbestimmungsrecht unterbindenden naturwidrigen Zwang und durch die rücksichtslose Bergewaltigung der Ueberzeugung Andersdenkender. Rettung kann uns einzig und allein bringen eine Bewegung, die, auf dem Boden der christlichen Weltanschauung fußend, die Grundzüge der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe zur Richtschnur für die wirtschaftliche Betätigung nimmt, eine gesunde Verbindung zwischen persönlicher Freiheit und unerlässlichem Zwang erstrebt und auch der Gesinnung Andersdenkender mit verstandener Liebe begegnet. Diese Bewegung ist die christliche Arbeiterbewegung. Ueber ihre Grundsätze und Bestrebungen in der nächsten Nummer.

## Allgemeine Rundschau.

### Die Unzufriedenen.

Sie sind wieder einmal einig, die „Union“, das Zentralorgan der kommunistischen Räteorganisation und die „Deutsche Arbeiterzeitung“, das Zentralblatt der Arbeitgeberverbände. Einmütig verurteilen sie den am 1. August im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch in der Arbeitszeitfrage. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ orakelt in ihrer Nr. 33/1922 über pythische Schiedssprüche des Reichsarbeitsministeriums. Als politische Behörde könne sich das Reichsarbeitsministerium doch nicht von politischen Einfüssen frei machen, es könne doch keinen Schiedsspruch gegen die Stimmen der Arbeitnehmer fällen, wird ironisierend geschrieben. Dagegen macht die kommunistische „Union“ in ihrer Nr. 31/1922 den Unparteiischen den Vorwurf, nur die Arbeitgeberinteressen zu vertreten. Sie schreibt, den Unternehmern dürfte es nicht schwer fallen den Schiedsspruch anzunehmen, da man doch wisse, daß die unparteiischen Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses stets zu Gunsten der Unternehmer sprächen.

Die Unparteiischen haben durch diese Stellungnahme der Links- und Rechtsradikalen die Befähigung erhalten, richtig entschieden zu haben.

Von besonderem Interesse sind die Auslassungen der Arbeitgeberzeitung über die Stellungnahme der Arbeitgeber-Besitzer des Schlichtungsausschusses. Diese waren bereit, dem Schiedsspruch zuzustimmen. Was ihnen nicht paßte war die Begründung, weil darin nicht ein Satz aufgenommen wurde, in welchem der Anspruch der Arbeitgeber auf Verlängerung der Arbeitszeit als berechtigt anerkannt würde. Was würde Pythia wohl zu einer solchen Begründung des Schiedsspruches gesagt haben?

Bekanntlich steht der Schiedsspruch vor, den jeweiligen Bedürfnissen der Betriebe durch Leistung von Ueberstunden Rechnung zu tragen. Das ist nicht nach dem Geschmaek der Links- und Rechtsradikalen. Schreibt doch die Deutsche Arbeitgeberzeitung:

„Ja, Ueberstunden sind eine beliebte Sache; erstens werden sie mit kräftigen Lohnzuschlägen bezahlt, zweitens stellt ihre gelegentliche Verweigerung für die Gewerkschaften ein famoseres Kampfmittel dar, um die Arbeitgeber klein und kurre zu machen.“

Wir haben bisher noch nicht festgestellt können, daß die Ueberstunden so sehr beliebt sind bei den Arbeitern, wegen der „kräftigen“ Lohnzuschläge reißt sich wohl kein Arbeiter darum. Ganz neu ist die Weisheit, daß die Ueberstunden beliebt sind, um durch ihre Verweigerung die Arbeitgeber kurre zu machen.

Daß die „Union“ die Ueberstunden durch eine ganz andere Brille sieht, ist selbstverständlich. Nach ihrer Auf-

fassung sind die Gewerkschaftsführer für Ueberstunden sehr schnell zu haben. Sie schreiben: „Wir wollen nicht mehr auf Schiedspruch und Begründung eingehen, es ist die alte Methode, mit der man alle Arbeiterkategorien betrügen konnte. Wir verlangen von den Genossen, sich beides genau anzusehen und mit den Genossen in den Betrieben darüber zu diskutieren. Jedenfalls ist es Pflicht der Betriebsräte, Ueberstunden grundsätzlich abzulehnen, da diese in jedem Falle nur zum Vorteil der Arbeitgeber sein können. Also Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter, seid auf Eurer Hut!“

Auch hier wird wieder die alte Erfahrung bestätigt, daß die Extreme sich berühren. Scharfmacher und Kommunisten Arm in Arm. Dadurch wird uns erneut bestätigt, daß die Gewerkschaften auf dem richtigen Wege sind. Mögen unsere Kolleginnen und Kollegen überall für die Anerkennung und loyale Durchführung des Schiedspruches eintreten.

Faul bis ins Mark.

Dieses Urteil fällt die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ (Nr. 197 vom 23. Aug.) über ihre Berliner kommunistischen „Freunde“. Grund zu diesem Urteil gibt ihr das Verhalten der Kommunisten in den von der sozialdemokratischen Parteileitung Berlin einberufenen Versammlungen, in denen Protest erhoben werden sollte gegen das Moskauer Bluturteil, das die angeklagten Sozialrevolutionäre zum Tode verurteilt hat. Darnach hätten die Berliner Kommunisten bei der Gelegenheit den Beweis geliefert, daß sie in Bezug auf Gewalt, Verhöhnung und Verachtung von Menschenleben, hinter ihren Moskauer Führern nicht im geringsten zurückstehen. Weiter heißt es dann:

„Ein Bravo nach dem anderen galt den unmenschlichen Todesurteilen gegen die Sozialrevolutionäre, ein Hoch folgte dem andern auf Mar Hölz, und „Lumpen“ und „Mörder“ wurden diejenigen geschimpft, die sich gegen die Moskauer Blutjustiz auflehnten. Das allgemeine Urteil über das Auftreten der Berliner Kommunisten am gestrigen Abend geht dahin, daß nur noch Menschen ohne Charakter, ohne Herz und Gefühl sich derart gebärden können, wie es die Berliner Moskaugarden getan haben.“

Ordnungsgemäß durchgeführt wurde keine der Versammlungen. Die ersten Bankreihen in den verschiedenen Sälen waren zum Teil schon mehrere Stunden vor Beginn der Versammlungen von Kommunisten besetzt. Die Redner wurden beschimpft und bedroht, ein Parteigenosse förmlich mißhandelt, ebenso ein russischer Genosse verprügelt. Als der Unabhängige Moses in einer Versammlung das Schlußwort ergreifen wollte, wurde er von der kommunistischen Zuhörerschaft mit den Worten empfangen: „Schmeiß den Juden raus! Haut den Judenjungen!“ Ueberall Krawall, vorbereitete Störung der Versammlungen, viehisches Gekohle für die Moskauer Todesurteile. Man wollte die Wahrheit nicht hören. Eine Bewegung aber, die solche Angst vor der Wahrheit hat, ist faul bis ins Mark. Darüber können bei der vernünftigen Arbeiterschaft alle Ablenkungsmanöver der kommunistischen Presse nicht mehr hinwegtäuschen.“

Der sozialdemokratischen Bewegung wird nun aus den eigenen Reihen heimgezählt, was sie früher an uns gesündigt, sie erntet was sie gesät hat. Immerhin, wir stimmen ihr zu: Eine solche Bewegung ist faul bis ins Mark. Faul bis ins Mark ist aber auch eine Weltanschauung, die derartige Früchte zeitigt. Die Berliner Kommunisten sind eben, dem Beispiel ihrer Moskauer Drahtzieher folgend, im Begriff, die letzten Konsequenzen aus der von der Sozialdemokratie gepredigten atheistisch-materialistischen Weltanschauung zu ziehen. Besseres ist von dieser Weltanschauung nicht zu erwarten.

Vom Lügengebäude des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes.

Die Hauptgeschäftsstelle des Zentralverbandes der Landarbeiter schreibt uns:

Das Blatt des sozialistischen „Deutschen Landarbeiterverbandes“ vom 1. August weiß wieder allerlei Wichtigkeiten über angebliche geheime Geldquellen des Zentralverbandes der Landarbeiter zu berichten. Das Blatt will jederzeit durch Dokumente zu beweisen in der Lage sein, daß der christlich-nationaler Zentralverband in der Provinz Sachsen nach der Auflösung einer kleinen Provinzialgruppe des gelben Reichslandarbeiterbundes dessen Funktionen übernommen habe, von den Arbeitgebern „in alter Form ausgehalten“ werde usw. Einzelne Sekretariate des Zentralverbandes in der Provinz Sachsen hätten von den Arbeitgebern Barbeiträge von 10 000 bis 40 000 M. erhalten. Gleichzeitig wird dem Verbandsvorsitzenden Behrens vorgeworfen, er habe als Kläger gegen Sekretariate des roten Verbandes wegen ähnlicher Behauptung schon zweimal vor Gericht gekniffen.

Die Hauptleitung des Zentralverbandes der Landarbeiter hat dem sozialdemokratischen Verbandsorgan am 18. 8. die nachstehende geglättete Verächtigung zugesandt:

„Berichtigung“

Die in der Nummer 14/15 Ihrer Zeitung vom 1. August dieses Jahres auf der letzten Seite unter der Überschrift: „Die Geldquellen des Zentralverbandes der Landarbeiter“ enthaltenen Angaben sind falsch.

1. Es ist unwahr, daß der Zentralverband der Landarbeiter mit dem Uebertritt des Provinzialverbandes Sachsen vom Reichslandarbeiterbund dessen Funktionen übernommen hat. Wahr ist, daß an dem gewerkschaftlichen Charakter des Zentralverbandes der Landarbeiter mit jenem Uebertritt nichts geändert worden ist.

2. Es ist unwahr, daß der Zentralverband der Landarbeiter Provinz Sachsen in aller Form von den Unternehmern der Provinz Sachsen ausgehalten wird. Wahr dagegen ist, daß der Zentralverband der Landarbeiter in keiner Weise von den Unternehmern ausgehalten wird.

3. Es ist unwahr, daß einzelne Sekretariate des Zentralverbandes von den Unternehmern Barbeiträge von 10 000 bis 40 000 M. erhalten haben. Wahr ist, daß alle Sekretariate des Zentralverbandes von der Hauptkassette des Zentralverbandes der Landarbeiter getragen werden und, wie diese Hauptkassette selbst, weder von den Unternehmern solche Barbeiträge annehmen dürfen, noch angenommen haben.

4. Es ist unwahr, daß der Vorsitzende des Zentralverbandes der Landarbeiter, Herr Franz Behrens, zum zweiten Male als Kläger vor Gericht gekniffen habe. Wahr

ist, daß er bei beiden in Frage kommenden Terminen durch wichtige Reichstagsabstimmungen, zuletzt über die Gesetze zum Schutze der Republik, verhindert und ausreichend entschuldigt war.“

Wie verlogen und demagogisch das rote Blatt handelt, geht schon daraus hervor, daß zu der letzten fraglichen Gerichtsverhandlung in Landsberg a. W. der Hauptkassierer des Zentralverbandes persönlich erschienen war, um erschöpfende Auskunft über die Finanzgebarung des Zentralverbandes zu geben. Vor allem aber daraus, daß der Schriftleiter Kwasnitsch des roten Verbandsorgans vor Gericht aus sich selbst heraus anerkannte, daß dem Abgeordneten Behrens bei der gespannten parlamentarischen Lage im Reichstage das Erscheinen vor Gericht nicht an jenem Tage zugemutet werden könne. In gleicher Weise äußerte sich der anwesende Gauleiter des roten Verbandes, Landtagsabgeordneter Wende.

Das rote Blatt mag sich beruhigen, Abgeordneter Behrens wird zum Termin erscheinen. Der Zentralverband hat nichts zu fürchten und nichts zu verbergen. Wie wäre es aber, wenn der rote Landarbeiterverband einmal vor Gericht den Nachweis führt, daß er ohne Millionenzuschüsse von außen mit seinen niedrigen Mitgliedsbeiträgen, seinen höheren Beamtengehältern usw. den ungeheuren Apparat von hauptamtlichen Funktionären unterhalten könne. Jeder Eingeweihte weiß, daß das unmöglich ist! Darum das unablässige Schreien des roten Verbandes in der ganzen sozialdemokratischen Presse: „Haltet den Dieb.“

Aus unserer Industrie.

Die Lage des Webstoffgewerbes.

Die Lage des Webstoffgewerbes muß gegenwärtig als sehr ernst bezeichnet werden. Die Unsicherheit in Bezug auf die Beurteilung der weiteren Entwicklung hat sich noch weiter verschärft und auch die Beschaffung von Rohstoffen wird immer schwieriger. Durch die gewaltige Steigerung der Preise für alle Rohstoffe und der gesamten Herstellungskosten nimmt die Kapitalknappheit immer schärfere Formen an; dazu kommt noch, daß auch das Wagnis immer größer wird. Was kann der Industrie ein augenblicklicher Scheingewinn nützen, wenn der Erlös aus der verkauften Ware nicht einmal ausreicht, um das Garn für die halbe Menge der verkauften Ware zu bezahlen! Man ist vielfach gezwungen, seinen Betrieb nach und nach zu verkleinern, weil die Mittel fehlen, um die für die Durchführung des vollen Betriebes notwendigen Rohstoffe zu beschaffen. Augenblicklich haben die meisten Betriebe des Webstoffgewerbes noch auf einige Monate hinaus Aufträge vorliegen. Die

An eine deutsche Zukunft glauben heißt aber nicht: glauben an die Möglichkeit eines besseren Friedensvertrages, besseren Verdienstes, besseren Lebens, besserer Grenzen, besseren Aufes, sondern vielmehr: daran glauben, daß das deutsche Volk alles dessen wert sei. Nur das Bewußtsein dieses Wertes kann ihm Mut und Kraft leihen, mit Erfolg bessere Verhältnisse zu erstreben.

Ausführung dieser alten Aufträge läßt aber in vielen Fällen keinen angemessenen Gewinn mehr, weil sie teils aus einer Zeit stammen, da man den Vorbehalt der Berechnung nachträglich eintretender Verteuerungen der Herstellungskosten auf 10% oder 20% begrenzen mußte und dieser Satz durch die inzwischen tatsächlich eingetretene Verteuerung weit überholt ist. Die sprunghafte Steigerung der Löhne und der übrigen Herstellungskosten hat es so mit sich gebracht, daß die Erledigung manchen alten Auftrages für den Fabrikanten empfindlichen Verlust mit sich bringt.

Die Baumwollspinnereien und Webereien haben gegenwärtig noch sehr gut zu tun. Die Webereien sind teilweise bis Ende des Jahres vollständig ausverkauft. Dort, wo man sich auf so lange Zeit festgelegt hat, muß man mit der Annahme neuer Aufträge zurückhalten, weil es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich ist, sie mit Gewinnen neu einzudecken. Die Wolleweberei hat auch noch auf Monate hinaus mit der Erledigung der vorliegenden Aufträge zu tun. Wenn auch die Nachfrage im Augenblick noch recht lebhaft ist, so zeigt sich stellenweise doch schon ein gewisses Nachlassen, was auf die gewaltig gestiegenen Preise zurückzuführen ist. Es ist bemerkenswert, daß bei Futter- und Kleiderstoffen, von denen solche guter Beschaffenheit bevorzugt werden, die Bestellungen des Einzelhandels meist geringer als früher sind. Die Ursache hierfür wird teils in der Geldknappheit zu suchen sein, teils aber auch darin, daß man unsicher ist, inwiefern das Publikum später gewillt und noch in der Lage ist, die hohen Preise anzulegen. Besonders schwierig ist die Lage für die Leinwandweberei. Die Nachfrage nach halbleinwand- und leinwand Geweben ist im allgemeinen sehr reg. In den leztvergangenen Wochen mußte man aber zahlreiche neue Aufträge einstweilen ablehnen, weil man keine Möglichkeit sah, sich in Baumwoll- und Leinwandgarnen entsprechend einzudecken. Dann sind die Preise für diese beiden Garngruppen derart in die Höhe gegangen, daß die Leinwandweberei Preise fordern muß, die den Verkauf dieser Artikel zweifellos erschweren. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß viele Verbraucher wieder nach baumwollenen Ersatzstoffen greifen werden.

Der Seidenweberei hat die letzte Zeit wesentlich verstärkte Nachfrage gebracht. Besonders dringend war die Nachfrage nach Krawattenstoffen. Die Wirkwarenindustrie ist fast beschäftigt und man hat hier größere Aufträge aus dem Ausland vorliegen. Die Hersteller von Trikots sind für lange Zeit ausverkauft und vermögen der Nachfrage nur teilweise zu genügen. In der Bänder-, Kordel-, Eigen- und Klappelpipenindustrie ist die Nachfrage recht unterschiedlich. Einzelne Zweige, besonders die Hersteller maschinengeklappelter Spitzen und Einfäße, haben nach wie vor flott zu tun und auch gute Aufträge aus dem Ausland vorliegen. Die Kleiderhersteller haben allgemein flotten Absatz und müssen sich deshalb bei neuen Aufträgen gewisse Zurückhaltung auferlegen, weil es nicht möglich ist, die benötigten Mengen Stoffe heranzuschaffen.

Im Webwaren-Großhandel war die Nachfrage besonders fröhlich. Daß unter diesen Umständen die Warenbestände des Großhandels verhältnismäßig gering sind, ist selbstverständlich.

Die Textilbranche Schwedens

nimmt dem Anschein nach eine für die jetzige Produktionsverhältnisse ungemein günstige Lage ein. Die Arbeiterzahl ist jetzt nicht ganz 5% niedriger denn 1913 und die durchschnittliche Arbeitszeit per Arbeiter und Woche ca. 1/2 Stunde kürzer als das Maximum der Arbeitszeit von 48 Stunden. Die Situation bietet doch manche Momente der Unsicherheit dar. Auf Grund der ungewissen Lage der Konjunktur begnügen sich die Kaufleute damit, nur den Bedarf der nächsten Zeit zu decken. Die Orders stellen somit den Vertrieb nur für die beiden eigentlichen Verkaufssaisons des Jahres sicher, während es dagegen schwer sein kann, in der Zwischenzeit die Fabrikation im Gang zu halten. Der Import ist auch während der letzten Zeit ein bedeutender gewesen im Verhältnis zu der jetzigen Konjunkturlage. Die Konkurrenz von Ländern mit Salutaunterstützung hat sich auch innerhalb mancher Zweige der Industrie stark fühlbar gemacht, inwieweit derselben durch die von den deutschen Fabrikanten ausbedungenen langen Lieferungszeiten erschwerend gesteuert wurde.

Mark 5000,- Belohnung

werden dem gezahlt, wer zuerst den Webereibetrieb anflut, in welchem eine Buntkette ohne Lizenz nach dem D. R. Pat. Nr. 272 175 verwebt wird. Die Lizenz muß am Webfaaleingang angebracht sein.

Zeichen des Patentes: Die Aufrechterhaltung der Farbentrennung im Webstuhl erfolgt durch Zusatzreicherhäume.

Zweck: Besseres Verweben bei tadellos offener Kette, getrennthalten der Farbschichten während des Webens, Erzielung 1000 erlei Muster von jeder Buntkette.

Mitteilungen durch die Exp. ds. Bl.

Hauskassierer gesucht.

Zum Bedienen der Mitglieder und Einkassieren der Beiträge wird ein tüchtiger Kollege gesucht. Nur Verbandsmitglieder, welche mindestens drei Jahre Mitglied sind und während dieser Zeit die vollen Pflichtbeiträge gezahlt haben, können auf die Stelle rekrutieren.

Offerten bis spätestens 15. September 1922 unter „Hauskassierer“ an den Vorstand der Ortsgruppe Nachen erbeten.

Aus unserer Bewegung.

Leistungslohn oder Familienlohn?

Einen wertvollen ergänzenden Beitrag zu unserer Darstellung über die Entwicklung des Soziallohnens in der Nr. 11 unseres Verbandsorgans bringt der „Deutsche“, Berlin. Der Schriftleiter des „Typograph“, Kollege Bernoth-Berlin, der schon des öfteren in bemerkenswerten Ausführungen zur Frage des Familienlohnes sich geäußert hat, schreibt dazu neuerdings unter obiger Überschrift im „Deutschen“:

Im Vordergrund des wirtschaftlichen Interesses aller werätig Schaffenden steht heute unzweifelhaft die Lohnfrage. Man mag das bedauern, die Tatsache bleibt dennoch bestehen, daß die materiellen Sorgen gegenwärtig den ganzen Menschen gefangen nehmen, eben weil der Ertrag unserer Arbeit nicht mehr recht zum Lebensunterhalt reichen will. Trotz der Entbehrungen der Kriegsjahre und trotz aller unfreiwilligen Einschränkungen der letzten Zeit hat unsere wirtschaftliche Lage keine Besserung erfahren. Im Gegenteil, die Zukunft ist düsterer denn je. Wenn wir dieses in der Hauptsache verdanken, weiß jeder, oder sollte wenigstens jeder Deutsche endlich wissen.

Verständlich ist es daher, daß man in Zeiten der Not Probleme konstruiert und sie womöglich der Lösung zuführt. So war es immer in der Geschichte.

Im Vordergrund steht vor allem die Frage des Familienlohnes. Eine vom Gewerkevereinsvorsitzenden Jambusch vorgeschlagene und angenommene Entschlüsselung lautet u. a.:

„Da der Lohn nicht nur ein Teil der Produktionskosten ist, sondern auch das Einkommen des Arbeiters darstellt, von dem dieser mit Familie leben muß, ist die Zahlung eines für die ganze Familie ausreichenden Lohnes anzustreben. Eine Berücksichtigung des Familienstandes und der Zahl der Kinder durch ausreichende Lohnzulagen, die nötigenfalls aus einer Ausgleichskasse zu leisten sind, ist deshalb notwendig. Sie darf aber nicht dazu führen, daß das Existenzminimum des Mann für die Entlohnung zugrunde gelegt wird. Dem ledigen Arbeiter muß durch Gewährung eines ausreichenden Lohnes die Gründung eines eigenen Hausstandes ermöglicht werden.“

Man muß diese Sätze als Programm der christlichen Gewerkschaften werten; abweichende Meinungen, wie sie auf dem Kongreß selbst und z. B. im „Deutschen“ (Nr. 213 vom 9. 12. 21) von Zumbroch-Hannover, geäußert wurden, werden sich und können sich nicht gegen das Prinzip als solches wenden, sondern nur auf die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung hinweisen. Schwierigkeiten sind aber da, um überwunden zu werden. Gewerkschaftlern braucht man das nicht erst zu sagen. Der Weg, der von der Forderung des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben bis zum Betriebsrätegesetz durchschritt werden mußte, war doch gewiß nicht mit Rosen bestreut. Die Gewerkschaften dürfen trotz aller Schwierigkeiten vor diesen niemals kapitulieren. Tun sie es, dann haben sie sich überlebt und müssen abtreten. Gelingen an der Forderung der christlichen Gewerkschaften auf Beteiligung der Arbeiter am Produktionseigentum und Produktionsertrag ist die Einführung des Familienlohnes m. E. nur eine unscheinbare Etappe. Was sollen wir aber für die Zukunft erhoffen dürfen, wenn wir schon bei dieser Forderung vor lauter Schwierigkeiten den Mut haben lassen?

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Zahlung eines Familienlohnes beständig weitere Fortschritte macht. Die in der letzten Zeit getätigten neuen Lohnverein-

harungen für den Bergbau, die Metallindustrie, die städtischen Arbeiter, die Dürerer Papierindustrie, gehen wesentliche Erhöhungen der Familienzulagen vor. Auch für Beamte und Staatsarbeiter werden die nächsten Tage Erhöhungen der Familienzulagen bringen. Am rheinisch-westfälischen Industriebezirk wird heute bereits der weitestgehende Teil aller Lohn- und Gehaltsempfänger nach dem Familienstand entlohnt. Gegenüber dieser Tatsache sagt „Der Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes (Nr. 2 vom 13. 1. 1922):

Es ist überflüssig, zu betonen, daß sich danach (nach den Einkommenslagen) auch die Preise für alle Bedarfsartikel orientieren. Der kleinere Teil kommt hier auf die Dauer nicht mit. Besonders schwer werden dann wiederum die Kinderreichen betroffen. Da aber beim Arbeiter der Arbeitslohn die einzige Einnahmequelle ist, können und müssen wir mit allem Nachdruck von unserm christlichen Weltanschauungsstandpunkte aus den Lohn fordern, der für den Unterhalt auch der kinderreichsten Familien ausreicht. In dieser Forderung ist das Bestreben nach Einführung des Soziallohnes unabweislich begründet.

Man mag sich heute noch aus vielleicht berechtigten oder auch unberechtigten Gründen gegen jeden Familienlohn wenden — die sozialdemokratischen Gewerkschaften tun es aus Prinzip — auf die Dauer wird man zu einem andern Standpunkt kommen müssen, zumal unsere wirtschaftlichen Zustände sich nicht von heute auf morgen bessern können. Folgendes Beispiel spricht wie kein anderes für die Einführung nach dem Familienstande. Ein im Kruppischen Betrieb in Essen beschäftigter verheirateter Holzarbeiter erhält gegenwärtig bei Zugrundelegung von 300 Arbeitsstunden im Jahr bei einem Kind 1200 M., bei zwei Kindern 2700 M., bei drei Kindern 4050 M., bei vier Kindern 5400 M., bei fünf Kindern 6750 M. ufm. mehr als der in einem Privatbetrieb in Essen beschäftigte Holzarbeiter. Die in den übrigen Kruppischen Betrieben sowie sämtliche auf den Seiden und in den sonstigen größeren Betrieben in der Metallindustrie beschäftigten Holzarbeiter erhalten neben diesen Löhnen noch 1350 M. pro Jahr als Ausstattungsbeitrag. Glaubt jemand noch, daß selbst unter dieser Entlohnung von der Arbeiterschaft für längere Zeit hin genommen werden kann, als Privileg einzelner Berufsgruppen oder bestimmter Berufsgruppen?

Die Gefahrenmomente, die man bei Einführung des Familienlohnes zu sehen gewöhnt ist, kommen restlos in Absehung, wenn der Weg beschränkt wird, den die christliche Buchdruckerorganisation, der Gutenberg-Bund, schon 1920 für das Buchdruckergewerbe gezeigt hat. Der Familienlohn darf nicht vom einzelnen Arbeitgeber, sondern er muß von der Gesamtheit des Gewerbes im Umlageverfahren getragen werden. (Wie den meisten Mitgliedern unseres Verbandes bereits bekannt ist, scheitert das hier erwähnte Gefahrenmoment für die Textilindustrie vollständig aus. In allen Tarifgebieten unserer Industrie mit Familien- oder Kinderzulagen werden diese von der Gesamtheit der Industrie im Umlageverfahren getragen. Die Schriftl.) Es ist nur zu richtig, was „Der Typograph“ (Nr. 9 vom 3. 3. 1922) hierüber schreibt:

Es ist der gesamten Arbeiterschaft nicht geblieben, wenn die Lohnspanne zwischen Verheirateten und Ledigen zu Lasten des einzelnen Arbeitgebers mit jedem neuen Lohnabschluß größer wird. Wenn sie an sich auch berechtigt erscheint, müssen wir doch auf die großen Gefahren hinweisen, die bei einseitiger schlechter Konjunktur in der Entlastung des verheirateten Personals offensichtlich werden können. Der nicht mit sozialem Ziel gefasste Arbeitgeber wird naturgemäß zunächst jene Kräfte entlassen, die ihm am teuersten sind. Hierzu rechnen dann in erster Linie die Verheirateten. Gerade aus diesen Gründen fordern wir, daß die Familienzulagen im Umlageverfahren ausgetragen werden.

Zur Einführung des Familienlohnes gehört freilich nicht nur der feste Wille der Arbeitnehmer, sondern auch ein Entgegenkommen der Arbeitgeber. Von ihrem Entschluß in dieser Frage hängt nicht in letzter Linie Familienglück und die Zukunft unserer Nation ab.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Coesfeld.** Einer unserer Seher. Am 18. August wurde einer der Gründer unserer Ortsgruppe, Josef Hemling, zu Grabe getragen. Nach einem langen Leiden wurde er vom Tode erlöst. Ein Gewerkschaftler, wie man ihn sich nur denken kann, ist mit ihm dahingegangen. Innerlich mit der Bewegung verbunden war er nicht nur für die Interessen seiner Kollegen und Kolleginnen eingetreten. Josef Hemling war ein ganzer Gewerkschaftler, der bereitwillig alle Posten, die ihm durch das Vertrauen seiner Mitarbeiter übertragen wurden, übernahm und auch gewissenhaft ausfüllte. Mehrere Jahre war er als Vertrauensmann, Kassierer, Vorsitzender der Ortsgruppe tätig. Von dem Kollegen Hemling konnte gesagt werden, daß er von der Pike an dem Verbände gedient hat. Auch als Betriebsratsmitglied und Krankenkassen-Vorstandsmitglied war er bereit, seinen Mitmenschen zu dienen. Möge Josef Hemling ein leuchtendes Beispiel der Pflichttreue für unsere Jugend sein. Wir alle wollen ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Dülken.** Mitgliederversammlung am 16. August. Der Vorsitzende, Kollege Krings, eröffnete dieselbe. Dana nahm der Kassierer das Wort zum Kassierenbericht. Aus demselben entnehmen wir, daß unser Verband auch in Dülken gut vorwärts. Das gilt sowohl von der Mitgliederzahl, als auch von den Kasseneinnahmen. Wir dürfen uns jedoch nicht vor Zögeln blicken lassen. Manches gibt's da noch nachzuholen. Sowohl in der Werbung neuer Mitglieder, als auch in Bezug auf Beitragsleistung. Hier muß jeder seine volle Pflicht tun. Wer einzeln will, muß sein. Dieses Wort gilt auch in unserm Verbandsleben.

Als zweiten Punkt der Tagesordnung sprach die Kollegin Seppels-Eschen über Beitragswesen. Wichtiges muß jedes Mitglied ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag entrichten. Hier sind wir im Rückstand geblieben. Wie für den einzelnen die Ausgaben größer geworden sind, so auch für den Verband. Wollen wir unsere Bewegung weiter bringen, dann gilt es Stärkung unserer Verbandskasse. Lassen wir uns nicht, das Schatzkammeramt geht daran, hinaus, uns niederzuliegen. Es muß die Erfolge unserer Bewegung zu vermehren. Die wollen allein die Herrschenden sein. Die Bestimmung der letzten Zeit bezüglich der Arbeitszeitfrage muß uns die Augen öffnen. Aus wir deshalb unsere

Pflicht und geben wir gern und freudig unsern Verbandsbeitrag.

Sekretariatsleiter Kollege Nöhmes gab dann noch einen kurzen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Sein Rückblick auf die letzte Vergangenheit zeigte uns, daß wir manchen Erfolg zu verzeichnen hatten. In der Diskussion sprachen sich die Anwesenden dahin aus, für die Stärkung unseres Verbandes ihre ganze Kraft einzusetzen. Leider wies die Verammlung einen sehr mangelhaften Besuch auf. Wir möchten auch an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, daß es Aufgabe und Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, die Versammlungen fleißig zu besuchen.

**Imgenbroich.** Die diesjährige dritte Versammlung der Ortsgruppe tagte am Sonntag, den 6. August. Nach Erledigung der beiden ersten Punkte der Tagesordnung: Geschäfts- und Kassierenbericht, mußte zunächst die Neuwahl eines Kassierers vorgenommen werden. Die Wahl fiel auf den Kollegen Jos. Pennarz, welcher dieselbe dankend annahm. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Graf das Wort zu seinem Vortrage. Sein Thema war: „Erlaubnisse“. Kollege Graf baute sein Referat auf das alte deutsche Sprichwort: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, auf. Der Redner erklärte Zweck und Notwendigkeit des Kampffonds, zu deren Stärkung die Erlaubnisse ja dienen sollen. Er wies darauf hin, daß die Arbeiterschaft jetzt noch in der Lage sei, dieselben zu entrichten. Aber könnte wissen, wie bald die Zeit käme, wo wir den Kampffonds dringend notwendig haben würden. Kollege Graf hob zum Schluß noch hervor, daß die Verbandsleitung auch auf Grund der Statuten dazu ermächtigt sei, Erlaubnisse von den Mitgliedern zu fordern und hat dann alle, den Vertrauensleuten für und vor weit zu öffnen, wenn sie Erlaubnisse einfordern würden. Daß seine Worte auf fruchtbarstem Boden gefallen, beweist am besten der einstimmige Beschluß der Versammlung, die Pflichtbeiträge gern und freudig zu entrichten. Wie und in welcher Weise die Beiträge erhoben werden sollten, wurde dem Vorstand überlassen. Zum letzten Punkt der Tagesordnung: „Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe“, wurde von Seiten der Kollegen um manche Aufklärung gebeten, die auch vom Kollegen Graf bereitwillig erteilt wurde. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der dringenden Bitte, doch dahin mitzuwirken, daß bei der nächsten Versammlung alle Kolleginnen und Kollegen reiflos erscheinen würden.

**Neu-Ruppin.** Ueber das Thema: „Die christlichen Gewerkschaften im Wirtschaftsleben und ihre Bedeutung“ sprach am Dienstag, den 15. August, im Appologarum der Kollege Fabender aus Forst. In längerem Vortrage widerlegte derselbe die Einwände und Verdrehungen, die von gegnerischer Seite gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung erhoben werden und forderte die Anwesenden auf, unserem Verbände beizutreten. Nachdem Kollege Berger vom Metallarbeiterverband diese Ausführungen unterstützt und erweitert hatte, erklärten alle Anwesenden, ungefähr 50, sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und traten unserem Verbände bei. Nach einer kurzen Diskussion wurde zur Vorstandswahl geschritten, aus welcher der Kollege Arthur Schöne einstimmig als Vorsitzender hervorging. Es muß nimmermehr Ehrenpflicht der Mitglieder sein, nicht eher zu ruhen, bis alle im Betriebe Beschäftigten sich uns angeschlossen haben. Nicht durch Zwang, nicht durch Terror wollen wir Mitglieder gewinnen, sondern durch Aufklärung sollen sie davon überzeugt werden, daß ihre Interessen am besten in unserem Verbände gewahrt werden. Drum mit frischem Mut an die Arbeit. Klärt die Arbeitskollegen und Kolleginnen auf, damit die Zahlstelle Neu-Ruppin als jüngstes Kreis am starken Baum der christlichen Arbeiterbewegung sich festige und weiter entwickle.

**Reutlingen.** Innerhalb des neuerrichteten Sekretariats „Reutlingen“ konnte am Sonntag, den 20. August, die erste Vorstandskonferenz abgehalten werden. Trotz des prachtwollen Wetters stellten sich schon in den frühen Morgenstunden sämtliche Teilnehmer des Bezirkes ein. Besondere Freude machte in uns die Teilnahme unseres Bezirksleiters, Kollegen Kammerer und der Kollegin Huber aus Göttingen. Nach dem Besuch des Frühgottesdienstes nahm die Tagung in schonster Harmonie folgenden Verlauf: Nach einem herzlichen Willkommengruß des Kollegen Penzel gab er einen kurzen Bericht über Entwicklung und Stand des neuen Bezirkes. Wir können uns schon eines Fortschrittes freuen, und unsere Arbeit ist ausfallsreich. Auf die Mitarbeit aller Kolleginnen und Kollegen bauend, hoffen wir in kurzer Zeit auf einen weit besseren Erfolg zur Stärkung unserer Reihen. In den Ortsgruppen regt sich lebendiger Geist. Mit einem Appell an alle Mitglieder, den Kampfergeist und Opfersinn unserer christlichen Arbeiterbewegung auch hier zu voller Blüte und reicher Frucht zu bringen, wurde an die restlose Erfüllung der Pflichten unserer Mitglieder, besonders aber an die der Funktionäre erinnert. Ueber unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ und die wichtigen Fragen des Beitragswesens entwickelte sich eine längere Diskussion.

Der gute Wille zu tüchtiger Mitarbeit wurde durch den Vortrag unseres Bezirksleiters: „Die freien Gewerkschaften und wir“, noch besonders gestärkt. Die Ausführungen stellten einem jeden klar vor Augen, wie unbegründet und unhaltbar die Anschuldigungen der sozialistischen Gewerkschaften gegen die christlichen Gewerkschaften sind. Die Mitteilungen über die Vorgänge in Neukars-Wilm bei der Firma Spohn zeigen uns so recht das wirkliche Gesicht der sozialistischen „freien“ Gewerkschaften. Uns sind sie ein Ärgernis, unsere Brüder und Schwestern wahrzürütteln, die noch falsch organisiert unter der roten, antikristlichen Fahne sich selbst ins Gesicht schlagen. Gegen 1 Uhr konnten wir die Tagung schließen. Die Besichtigung des „Lichtsaals“ und der „Mittagsstunde“ war uns wegen besonderen Umständen nicht erlaubt. Dafür fanden wir durch einen Ausflug nach dem schönen Waldsee am Fuße des Jagdschlösschens Veranlassung zu reichlicher Teilnahme. Es waren frohe Stunden, die wir bei frischem Getränk und mitgebrachten Gebäck verlebten. Mit dem Gedächtnis treuer Zusammenarbeit traten die Kolleginnen und Kollegen ihre Heimreise an.

**Aus der Rheinpfalz.** Einen schönen Verlauf nahm die am 13. August in Oagereheim stattgefundene Konferenz. Die nordrheinischen Ortsgruppen waren alle vertreten. Zur großen Freude aller Delegierten nahm auch unser Bezirksleiter, Kollege Weber-Naagen, an den Beratungen teil. Aus dem Bericht der Delegierten war zu ersehen, daß auch in der Pfalz unsere Bewegung rasch vorwärts geht. Kollege Schäfer-Lambrecht referierte über die wirtschaftliche Lage sowie über unsere Aufgaben in der Zukunft. Hierauf ergriß Kollege Weber das Wort. Er überbrachte die Grüße und Wünsche des Zentralvorstandes an die Pfälzer Mitglieder. Mit lebhaftem Interesse folgten die Anwesenden seinen weiteren Ausführungen. Sehr beifällig wurden

dieselben aufgenommen. Nehmen wir seine Worte in uns auf, allezeit opferbereit, nicht allein an die Rechte, sondern auch an die Pflichten dem Verbände gegenüber müssen wir denken. Es gilt nicht allein gegen die wirtschaftliche Not zu kämpfen, sondern uns auch geistig und sittlich empor zu schwingen. Die Diskussion war ein schöner Beweis von der guten Schulung der Mitglieder. Erfreulich war es, daß die Maßnahme, die der Zentralvorstand bezüglich der Extramarke sowie des wöchentlichen Beitrages in der Höhe des Stundenverdienstes getroffen hat, von der Konferenz einstimmig gutgeheißen wurden. Gerne wären wir noch bestammten geblieben, doch die Kollegen aus dem schönen Heßental mußten Abschied nehmen. Mit herzlichem Dank an den Kollegen Weber und alle Teilnehmer, sowie an Kollege Fahlfuß, der für das leibliche Wohl so gut geforgt hatte, wurde die Konferenz geschlossen.

Da die Gelegenheit günstig, wurde am nächsten Tag für die Westpfalz eine weitere Konferenz anberaumt. Auch hier war der Besuch über Erwarten gut. Kollege Denis, Kaiserlautern leitete die Konferenz. Bezirksleiter Weber, Naagen, sowie unser Sekretär Schäfer, Lambrecht, richteten kernige Worte an die Delegierten. Von der Diskussion wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Die Westpfälzer haben in dieser Beziehung Temperament. Allseitig wurde auch hier anerkannt, daß die von der Zentrale vorgeschlagenen Extramarke, ebenso der wöchentliche Beitrag in der Höhe eines Stundenverdienstes in Anbetracht der Verhältnisse am Plage sind und auch durchgeführt werden müssen. Mit diesen zwei Konferenzen können die Pfälzer Kolleginnen und Kollegen sehr zufrieden sein. Auch unsere heftigen Mitglieder haben bewiesen, daß sie den Ernst der Zeit erfasst haben und kein Opfer scheuen, um die wirtschaftlichen Schritte zu halten und weiter auszubauen. Mögen die Delegierten in diesem Sinne in ihren Gruppen zum Wohle ihrer selbst den Samen ausstreuen, die Saat wird uns gut ausfallen. Große Ziele, in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht haben wir uns gesteckt. Wir können, wir müssen sie erreichen. Wenn wir wollen, gelingt es uns! Darum auf zur frohen Gewerkschaftsarbeit!

**Besondere Bekannmachungen.**

- Adressenänderungen**
- Bezirk Bayern.**
- Memmingen: Vorj.: Mathias Kabelin, Memmingen, Zwiggasse 12.
- Bezirk Schwaben.**
- Rudowa-Sackisch: Vorj. Frau Brosig, Rudowa-Sackisch, Familienhaus 2.
- Bezirk Arefeld.**
- Arefeld: Fritz Schilling, Weststr. 35.
- Bezirk Westfalen.**
- Emsdetten: Albert Lücke, Rheinerstr. 26.
- Bezirk Sachsen.**
- Greiz: Walter Geibel, Weberstr. 30.

**Literatur für Betriebsräte.**

**Kritik des Taylorsystems** von Franz. Verlag Julius Springer. Preis etwa M. 12. — Die gründlichste bisher erschienene kritische Untersuchung des Taylorsystems. Der Verfasser weist überzeugend nach, daß ein Betriebssystem, das in bestimmten amerikanischen Betriebszweigen brauchbar ist, nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragbar werden kann. Im übrigen wird er den Vorzügen der wissenschaftlichen Betriebsführung in objektiver Weise gerecht.

**† Sterbefasel. †**

Name	Ort	Alter
Wolf Conrad	Aheydt	67 Jahre
Schrammen Peter	Hardt	62 "
Joimanns Adele	Bierjen	23 "
Gölicher Hermann	Gütersloh	66 "
Drüweil August	Hagen	66 "
Kiemel Ida	Eplingen	25 "
Böttcher Bernhard	Langenwengendorf	47 "
Reyers Jakob	Forst	55 "
Ostendorf Katharina	Gronau	25 "
Küppers Ludwig	Greifratz	67 "

**Versammlungskalender.**

**Cottbus.** 30. September um 7 Uhr im Königs-Bierhaus Monatsversammlung.

**Inhaltsverzeichnis.**

Deutsche Lage — Artikel: Dem Abgange zu. — Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Deutsche Leistungen und Not aus dem „Friedensvertrag“. — Weltanschauung und Wirtschaftslieben. — Allgemeine Rundschau: Die Unzufriedenen. — Faul bis ins Mark. — Vom Bürgersinn des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes. — Aus unserer Industrie: Die Lage des Webstoffgewerbes. — Die Textilbranche Schwedens. — Mark 5000. — Belohnung. — Hauskassierer gesucht. — Aus unserer Bewegung: Leistungslohn oder Familienlohn? — Berichte aus den Ortsgruppen: Coesfeld. — Dülken. — Imgenbroich. — Neu-Ruppin. — Reutlingen. — Aus der Rheinpfalz. — Besondere Bekannmachungen. — Literatur für Betriebsräte. — Sterbefasel. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. S. Christ, Hölzgen 4, Dülkenstr. 100, Lannensf. 33.